



Erklärung zur Verabschiedung des Haushalts der Stadt Ansbach 2014

Ansbach, 09. Dezember 2013

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese 42ste Haushaltrede wird gleichzeitig die letzte dieser Legislatur sein. Die Haushaltberatungen 2013 waren nicht geprägt von einer Frühwinterstarre, sondern von einer Vorwahlkampfstarre. Projekte mit Weitsicht wollte die Mehrheit lieber nicht mehr anschieben. Stattdessen same procedure as every year: Einnahmeerwartungen werden in Auktionshausmanier festgesetzt, das "wer bietet mehr?" ersetzt grundlegende Gedanken darüber, wie in einer Phase ökonomischer Stabilität die Einnahmesituation der öffentlichen Hand strukturell gestärkt werden kann. So wird Ansbach auch künftig kein Reaktionsinstrument auf Konjunkturschwankungen in Form eines flexiblen, antizyklischen Gewerbesteuerhebesatzes haben.

Der Verwaltungshaushalt jenseits des Steuereinnahmen-Unterabschnitts verweist derweil in Sachen Anträge seitens der politischen Mitbewerber. Sicherlich: Die Pflichtleistungen im Einzelplan 4 werden immer erdrückender. Neben der Entwicklung im Deckungsring Jugendhilfe spielt hier auch die Tatsache ein Rolle, dass Ansbach als einer der Städte mit dem größten Niedriglohnsektor vergleichsweise hohe Aufstockerleistungen nach dem SGB zu bewältigen hat.

Dies kann jedoch kein Grund dafür sein, dass sich dieses Haus von seinen aktiven Steuerungsmöglichkeiten im Bereich Bildung und Soziales verabschiedet. Mir klingen noch die vollmundigen Versprechen von Kostenfreiheit in der Bildung in den Ohren. Wenn konkrete Anträge genau in diese Richtung vorliegen, dann stimmt die alte Dame der Parteienlandschaft immer verlässlich dagegen. Im Bund wie in der Kommune gilt: Die SPD hat nicht die Absicht, das Programm der SPD umzusetzen.

Ähnlich verhält es sich mit Sozialtarifen für die Musikschule und in anderen Bereiche, etwa dem Sport. Dem Satz "Jedes Kind in unserer Stadt soll die Möglichkeit haben, ein Musikinstrument zu erlernen" stimmt wohl jeder in diesem Saal zu. Na gut, außer der CSU, die darf aus ideologischen Gründen Anträgen und Aussagen der Offenen Linken nur zuhause im stillen Kämmerlein beipflichten. Aber eine Mehrheit für ein ganz konkretes Instrument, das dieses Ziel erreichbar machen würde, scheitert an SPD und BAP. Begründung: Das sei in den Ausschüssen nicht vorberaten worden.

Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: 90 Prozent aller Haushaltsanträge werden nicht vorberaten. Dazu sind Haushaltsberatungen schließlich da: Sie sollen Leitplanken für die Arbeit der Verwaltung im kommenden Jahr einziehen.

Durch Ihre Vorwahlkampfstarre werden 2014 Familien nicht entlastet, sondern durch Gebührensteigerungen bei den konfessionellen Kinderbetreuungseinrichtungen weiter belastet. Angesichts immer weiterer Übernahmen von Baulastträgerschaften kirchlicher Kindergärten sollten künftig grundsätzlich auch konfessionsfreie, kommunale Betriebsträgerschaften in Erwägung gezogen werden.

Die mehrheitliche soziale Lethargie in diesem Haus verhindert gleichzeitig mehr Teilhabe für benachteiligte Menschen. Dass jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte in dieser Stadt von seiner Hände Arbeit nicht leben kann und rund 700 Kinder unter der Armutsgrenze aufwachsen müssen, wird in diesem Hause leider allzu oft vergessen.

Als Bonbon gibt es eine Pro-Jugendkarte, die ihren Namen kaum verdient. Da findet sich dann etwa ein 1-Euro-Gutschein fürs Playmobil-Land in Zirndorf. Aber wer meint, mit 5.600 Euro im Jahr Chancengleichheit und Teilhabe schaffen zu wollen, der kennt die gesellschaftliche Realität in dieser Stadt nicht. Der ist der Meinung, dass für Sozialpolitik allein Bund und Land zuständig seien. Kurzum: Der irrt und gefährdet den Zusammenhalt und auf lange Sicht den sozialen Frieden in Ansbach.

Freiwillige Leistungen im Einzelplan 4 waren viel zu lange ein Tabu. Es ist der Offenen Linken 2013 gelungen, dies zumindest mit dem Sozialticket im ÖPNV zu durchbrechen. Ich möchte an dieser Stelle an die Verwaltung, das Jobcenter und die Bäder- und Verkehrsgesellschaft erneut appellieren, das Sozialticket endlich aktiv zu bewerben.

Dafür besteht der Einzelplan 3 fast ausschließlich aus freiwilligen Leistungen. Anträge der Offenen Linken haben hier erreicht, dass neben der Leuchtturmförderung in Ansbach 2014 auch die kulturelle Breitenförderung kleinerer Kunst- und Kulturprojekte gestärkt werden wird.

Änderungen im Vermögenshaushalt waren geprägt von zusätzlichen sinnvollen Investitionen im Bildungsbereich, zu denen alle Fraktionen und Gruppierungen mit Anträgen ihren Teil beitrugen.

Und heureka: Endlich, endlich bekommt die CSU ihren Beton. Mit einer Kreativ-Rochade vom Rezatparkplatz hin zum unverbindlichen Deckungsring für Verschleißdecken. Nicht gerade groß der Wurf, aber immerhin irgendwas Asphaltiertes. Und bei der SPD? Da hat es dann doch sehr gehapert mit der eigenständigen Profilierung bei den Haushaltsberatungen. Wohl so sehr, dass deren Vorsitzender glaubte, mit einer Baumspende über 400 Euro den Karren zumindest PR-mäßig noch aus dem Dreck ziehen zu können.

Dumm nur, dass es manchmal ein politisches Langzeitgedächtnis gibt: Vor genau einem Jahr hat die SPD nämlich verhindert, Mittel für die Sicherung des Baumbestandes mit Priorität 1 in Höhe von 15.000 Euro einzusetzen. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen mit den großen Schecks: Es fehlen noch 14.600 Euro.

Aber Spaß beiseite:

Vorletzte Woche hat der Bundesrechnungshof alle bisherigen Planungen des Monster-Knotens am Umlauf als "überdimensioniert" gerügt. Aufgrund von detaillierten Recherchen der Offenen Linken, die ein Mehr an Flächenfraß, Steuergeldverschwendung und Enteignungsverfahren aufdeckten, hat der Stadtrat im Juli zum dritten Mal den Knoten gekippt, nachdem er ihn jeweils zuvor mit meist großer Mehrheit abgenickt hat. Dass das Staatliche Bauamt ausgerechnet nach Bekanntwerden der Expertise des Rechnungshofes den Ansbacher Stadtrat als "unzuverlässig" bezeichnet, wie der FLZ zu entnehmen war, ist eine Frechheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben Steuergeldverschwendung im ganz großen Stil abgewandt. Das Staatl. Bauamt sollte vielmehr jetzt von seinen Gefälligkeitsplanungen fürs Militär abrücken und, nachdem der US-Armee der Geldhahn für weitere Bebauung am Umlas wohl endgültig zugedreht ist, einem ebenerdigen, flächensparenden Kreisverkehr näher treten.

Geografisch gesehen am anderen Ende der Stadt hat ein weiteres Bauvorhaben ähnliches Potenzial für eine Rüge des Rechnungshofs: Gleichzeitig zum Luxus-Ausbau der Ortsdurchfahrt Kurzendorf werden Flächen für eine dortige Umgehung erworben. Wenn das das Feigenblatt für eine Förderung der ländlich strukturierten Außenorte sein soll, dann ist das der Offenbarungseid für die flächenmäßig fünftgrößte Stadt im Freistaat. Was es dort viel vordergründiger braucht - und da bin ich mit vielen Anwohnern einig- ist die Sicherstellung von Mobilität gerade in Zeiten des demografischen Wandels, der für die Ortsteile ganz besondere Auswirkungen haben wird.

Mit dem Stichwort Mobilität komme ich nun zum größten Part des öffentlichen Eigentums in Ansbach, und das taucht im zu beschließenden Werk gar nicht auf. Also nenne ich diesen Teil Schattenhaushalt.

Dieser Schattenhaushalt umfasst bei den öffentlich-rechtlich strukturierten Unternehmen AWEAN und Klinikum (städtischer Anteil) ein Vermögen von gut 100 Millionen Euro und Schulden in Höhe von rund 50 Millionen Euro. In den privatisierten Unternehmen AVVH, ABuV und Stadtwerke (städtischer Anteil) ein Vermögen von 59 Millionen Euro und Schulden i.H.v. knapp 20 Millionen Euro.

Damit beträgt der tatsächliche Schuldenstand in Ansbach pro Kopf keine 500 Euro, wie schulterklopfend im Vergleich zu anderen kreisfreien Städten hervorgehoben wird, sondern annähernd 2.000 Euro. Gleichzeitig wird ohne Beteiligung und Information der Bürgerinnen und Bürger, ohne Transparenz und öffentliche Kontrolle über mehr öffentliches Eigentum entschieden, als heute öffentlich über die Höhe der Haushaltssumme des vorliegenden Werks.

Das heißt konkret: Wir haben im Bereich des öffentlichen Vermögens und bei fundamentalen Aufgaben von Energieversorgung über Abwasser bis hin zum Gesundheitsbereich ein strukturelles Problem. Eine Schiefelage, die gerade in letzter Zeit zu zahlreichen Fehlentscheidungen geführt hat. Es ist ja nun keinesfalls so, dass Geheimräte die Klinikfinanzen saniert, das ABuV-Defizit zurückgefahren oder die Stadtwerke für die sozial-ökologische Energiewende überdurchschnittlich gut aufgestellt hätten.

Das Gegenteil ist der Fall: Hinterzimmer-Entscheidungen mit Blick auf öffentliches Eigentum gehen allzu oft zu Lasten der Bevölkerung und auf Kosten des Stadtsäckels. Für einen wissenschaftlichen Nachweis ist Ansbach ein guter Proband: Just als der Rechnungshof die Kommunen vor PPP-Projekten warnt, beschließt der Klinik-Verwaltungsrat nicht-öffentlich ein PPP-Projekt, das sich jetzt als Millionenverlust für die Träger entpuppt. Und bei der ABuV beschließen Aufsichtsräte teils "aus Versehen" Preisexplosionen, die verheerende Auswirkungen für ein ökologisches Verkehrskonzept der Zukunft haben; die leere Busse und verstopfte Straßen produzieren.

Ich verüble es keinem Kollegen, der diesem Rat noch angehört und vor gut zehn Jahren die Privatisierungen mitgetragen hat. Ich weiß nicht, wie ich an seiner oder ihrer Stelle auf dem Zenit der neoliberalen Ära mit ihrer blinden Marktgläubigkeit gehandelt hätte. Aber heute sehen wir doch, dass die Privatisierungen mit all den Doppel- und Parallelstrukturen weder einen Vorteil für die Kommunalfinanzen und schon gar nicht für die Menschen in unserer Stadt gebracht haben. Auch nicht für die Vertreterinnen und Vertreter dieses Hauses, die in die

entsprechenden Gremien entsandt wurden und denen ich für ihr Engagement hohen Respekt zolle. In vielen Ihrer Aussagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, verspüre ich vielmehr große Zweifel ob der Rolle als Diener zweier Herren.

Lassen Sie uns daher die innere Schizophrenie der Janusköpfigkeit des Managements öffentlicher Aufgaben beenden. Lassen Sie uns privatisiertes Eigentum mit dem Ziel der Schaffung von Transparenz und Bürgerbeteiligung wieder dorthin bringen, wo es hingehört: In die organisatorische Mitte unserer Stadt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

beschließen möchte ich das Jahr mit Nachdenklichem wie auch Versöhnlichem:

Nicht nur in unserer Stadt wächst die Ungleichheit, sondern überall auf der Welt, und zwar rapide. Offizielle und geheime Kriege -ob von Ansbacher Boden aus mit vorbereitet oder nicht- werden nicht weniger, sondern mehr. Das bedeutet, dass eine zunehmende Zahl von Menschen ihre Heimat verlassen muss und nach Europa strömt, wo hunderte Männer, Frauen und Kinder Monat für Monat beim Versuch, die Südküste des Kontinents zu erreichen, jämmerlich im Mittelmeer ertrinken.

Auch in Ansbach sind 2013 Flüchtlingsfamilien angekommen, 2014 werden weitere kommen. So sehr man zurecht die bayerische Flüchtlingspolitik kritisieren muss, so sehr hat Ansbach gezeigt, dass ein Umgang mit menschlichem Antlitz trotzdem möglich ist. Hierfür haben sich Verwaltung sowie die Zivilgesellschaft in Obereichenbach und Bernhardswinden gleichermaßen Verdienste um ein humanes Gemeinwesen erworben.

Während der Landkreis Ansbach mit kalten Abschiebungen, mit dem Auseinanderreißen von Familien bundesweit Negativschlagzeilen machte, wurde in den involvierten Ämtern der Stadt besonnen und menschenwürdig gehandelt. Dem gebührt an dieser Stelle ebenso Dank wie dem ehrenamtliche Einsatz vieler Bürgerinnen und Bürger für die Flüchtlinge. Allerdings stößt das Ehrenamt hier wie auch in anderen Bereichen an seine Grenzen. Ein Abwälzen öffentlicher Aufgaben auf Ehrenamtliche schafft langfristig mehr Probleme als es kurzfristig zu lösen scheint. Daher appelliere ich mit Blick auf die Flüchtlingsunterbringung wie auch anderswo für eine für eine gute Personalausstattung.

Am heutigen Tag gilt mein Dank jedoch in allererster Linie denjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, die tagtäglich mit privatisierten Parallelstrukturen zu kämpfen haben. Das ausgehende Jahr war für Herrn Schwarzbeck und das gesamte Team der Stadtkämmerei sicherlich eine besondere Herausforderung, das gerade durch die Auseinandersetzungen um die Klinikfusion geprägt war. Ihre Arbeit verdient Anerkennung.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich wünsche Ihnen allen besinnliche Feiertage zum Jahresende. Gleichzeitig freue ich mich auf einen ebenso inhaltlich kontroversen wie persönlich fairen Winterwahlkampf und bedanke mich bei Rat sowie Verwaltung für die überwiegend konstruktive Zusammenarbeit. Der Haushaltssatzung stimme ich zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat